bnn.de

Flüchtlinge in Baden-Badener Seniorenwohnheim: Stadt rudert zurück

Sarah Reith

11–13 Minuten

Zwist um Schwarzwaldwohnstift

Seit Monaten quartiert die Stadt Baden-Baden Flüchtlinge in einer Seniorenwohnanlage ein. Nachdem noch dort lebende Senioren Räumungsaufforderungen erhalten haben, rudert die Verwaltung zurück.

Lässt man die Bewohner des Schwarzwaldwohnstifts im Regen stehen? Das will die Baden-Badener Stadtverwaltung nun verhindern. Foto: Nico Fricke

Eine Rolle rückwärts hat die Baden-Badener Stadtverwaltung bei ihren Plänen für neue Flüchtlingsunterkünfte gemacht. Am Montag hatten die Ortschaftsräte in Sandweier und im Rebland dort geplante Container-Unterkünfte abgelehnt. Auch gegen die Pläne für die Unterbringung von Flüchtlingen im Schwarzwaldwohnstift in Lichtental regte sich Widerstand. Nun hat die Verwaltung das Thema Flüchtlingsunterkünfte erst einmal von der Tagesordnung genommen.

Eigentlich sollte am Mittwochabend der Sozialausschuss über die Pläne für die Neubauten und das Schwarzwaldwohnstift beraten. Bürgermeister Roland Kaiser (Grüne) kündigte am Nachmittag aber bei einem Pressegespräch an, dass man den Punkt nicht behandeln werde. Auch im Gemeinderat am 27. November werde man darüber voraussichtlich nicht sprechen.

Mehr zum Thema

Die Stadt wolle die Anregungen, die bei den Sitzungen der Ortschaftsräte geäußert worden seien, nun erst einmal prüfen. Dort war etwa vorgeschlagen worden, einige leer stehende Gebäude zu mieten. Dem wolle man nachgehen, sagte Kaiser. Große Hoffnungen habe er aber nicht: Erfahrungsgemäß lasse sich der größte Teil solcher Hinweise nicht umsetzen.

Der Zwist im Schwarzwaldwohnstift in Baden-Baden-Lichtental hat nach einem Bericht dieser Redaktion hohe Wellen geschlagen. In dieser Woche waren Räumungsaufforderungen an Bewohner verschickt worden. Dahinter steckt ein Streit zwischen einem Teil

der zahlreichen Wohnungseigentümer und dem Betreiber der Senioreneinrichtung.

Stadt Baden-Baden ist in Zwist zwischen Betreiber und Eigentümer geraten

Der Hintergrund: Die Senioren zahlen ihre Miete an den Betreiber, die SWB Wohnstift Betriebsgesellschaft mbH. Zwischen der SWB und den Wohnungseigentümern gibt es aber Streit, einige Eigentümer sagen, sie hätten von der SWB seit Monaten keine Pacht mehr erhalten.

In diesen Zwist war auch die Stadtverwaltung Baden-Baden hineingeraten: Sie hatte dort direkt von Eigentümern bereits 20 Wohnungen für Flüchtlinge und Wohnungslose angemietet. Diese Menschen wurden mitten unter den Senioren im betreuten Wohnen untergebracht.

Jetzt rudert die Stadt Baden-Baden zurück

Die Stadt wollte nun noch weitere Wohnungen mieten. In einer Pressemitteilung war von 60 Plätzen im Jahr 2024 und etwa 70 Plätzen 2025 die Rede gewesen. Das Problem: Es gibt dort keine weiteren freien Wohnungen, die Wohnungen werden nach wie vor von Senioren bewohnt.

Nun rudert die Stadt allerdings zurück. Die Räumungsaufforderungen an einen Teil der Bewohner seien „ohne Kenntnis der Stadt an die Bewohner versendet“, worden, heißt es in der offiziellen Stellungnahme der Verwaltung vom Mittwochnachmittag.

> Wir haben bisher nur freie Wohnungen angemietet.
>
> *Roland Kaiser*
> *Bürgermeister*

„Es ist selbstverständlich nicht im Interesse der Stadt, dass Bewohner ihre Wohnungen räumen und diese Wohnungen dann

der Stadt zur Verfügung gestellt werden“, so die Verwaltung weiter. Bürgermeister Kaiser betonte dazu im Pressegespräch: „Wir haben bisher nur freie Wohnungen angemietet.“

Daran sei die Stadtverwaltung weiter interessiert. In den laufenden Rechtsstreit wolle man sich aber nicht einmischen, so die offizielle Stellungnahme. Die Stadt habe nun mit der Wohnungseigentümergemeinschaft (WEG) Kontakt aufgenommen, „um eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung anzustreben“.

Mehr zum Thema

Auch eine gute Nachricht für die Betroffenen ist der Stellungnahme zu entnehmen: Die WEG habe am Mittwoch gegenüber der Stadtverwaltung erklärt, „dass den Bewohnern des Wohnstifts von der WEG neue Mietverträge zu angemessenen Konditionen angeboten werden sollen, damit diese dort weiterhin wohnen können“.

Seit Bekanntwerden der rechtlichen Auseinandersetzung zwischen der WEG und dem Betreiber des Wohnstifts habe die Stadt keine weiteren Anmietungen mehr vorgenommen, betonte man auf Verwaltungsseite. Das solle auch so bleiben: Man werde „bis zur abschließenden Klärung der Auseinandersetzung und des Verbleibs der Bewohner“ keine Wohnungen mehr mieten.

> Wir sind der einzige Stadt- und Landkreis in Baden-Württemberg, der weiterhin keine Sporthallen belegt hat.
>
> *Roland Kaiser*
> *Bürgermeister*

Iska Dürr, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales, machte aber deutlich, dass die Zeit drängt: Voraussichtlich im Dezember oder Januar könnten die letzten noch freien Plätze in Flüchtlingsunterkünften belegt sein. „Wir sind der einzige Stadt-

und Landkreis in Baden-Württemberg, der weiterhin keine Sporthallen belegt hat“, ergänzte Kaiser.

Die Verwaltung würde es gern weiterhin so halten. Das könne aber nur gelingen, wenn man zusätzliche Plätze schaffe. Sonst müsse man sich auf eine Belegung von Hallen vorbereiten.